

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	15
------------------	----

Erster Teil

Überblick über die gesetzlichen Verschmelzungsregelungen

§ 1 Begriff und Arten der Verschmelzung	17
§ 2 Das Verschmelzungsverfahren	18
§ 3 Die Rechtsfolgen der Verschmelzung	20
§ 4 Vergleichbarkeit von Umwandlung und Vermögensübertragung	21

Zweiter Teil

Die Auswirkungen der Verschmelzung auf die Organstellung der Geschäftsleiter von AG und GmbH

§ 1 Trennung zwischen Organbestellung und Anstellungsverhältnis	22
§ 2 Das Erlöschen der Organstellung	23
§ 3 Die Möglichkeit der Neubegründung der Organstellung	24

Dritter Teil

Die Auswirkungen der Verschmelzung auf die Anstellungsverträge der Geschäftsleiter von GmbH und AG

§ 1 Keine Beendigung des Anstellungsvertrages durch die Verschmelzung	28
§ 2 Möglichkeit und Zulässigkeit abweichender vertraglicher Vereinbarungen ...	29
I. Die Zulässigkeit von auflösenden Bedingungen in den Anstellungsverträgen der Geschäftsleiter	30
1. Übersicht über den Meinungsstand	30
a) Die verschiedenen Ansichten zur Zulässigkeit auflösender Bedingungen in freien Dienstverträgen	30
b) Die Ansichten zu der Wirksamkeit auflösender Bedingungen in Arbeitsverträgen	31

2. Stellungnahme	33
a) Der allgemeine Bestandsschutz nach §1 KSchG	33
b) Der durch § 626 BGB gewährte Bestandsschutz	34
c) Der Fristenschutz der §§ 621, 622 BGB	35
d) Ergebnis	36
II. Der Aufhebungsvertrag	36
1. Die Parteien des Aufhebungsvertrages	37
2. Der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses	37
3. Die Form des Aufhebungsvertrages	38
4. Der Inhalt des Aufhebungsvertrages	39
5. Die Zuständigkeit in der Gesellschaft für den Abschluß eines Aufhebungsvertrages	40
a) Die übernehmende Gesellschaft als Vertragspartner	40
b) Die übertragende Gesellschaft als Vertragspartner	40
aa) Die AG als übertragende Gesellschaft	41
bb) Die nicht mitbestimmte GmbH als übertragende Gesellschaft	41
(1) Die im Schrifttum vertretenen Ansichten	42
(2) Die Rechtsprechung des BGH	43
(3) Problemlösung durch Auslegung der Zuständigkeitsnormen	44
(a) Grammatikalische und systematische Auslegung ..	45
(b) teleologische Auslegung	48
(4) Ergebnis	52
cc) Die GmbH mit fakultativem Aufsichtsrat nach § 52 GmbHG als übertragende Gesellschaft	52
dd) Die nach § 77 BetrVG 1952 mitbestimmte GmbH als übertragende Gesellschaft	54
ee) Die der Montanmitbestimmung unterliegende GmbH als übertragende Gesellschaft	55
ff) Die dem MitbestG unterliegende GmbH als übertragende Gesellschaft	55
§ 3 Einführung in die besondere Problematik des trotz weggefallener Organstellung weiterbestehenden Anstellungsverhältnisses	58
§ 4 Die verschiedenen Meinungen in Rechtsprechung und Literatur zu den Auswirkungen der Verschmelzung und des Wegfalls der Organstellung auf das Anstellungsverhältnis	60

I. Die in der verschmelzungsrechtlichen Literatur vorgeschlagenen Problemlösungen	60
1. Die Dienstleistungspflicht	61
2. Der Entgeltanspruch	61
3. Die Kündigungsmöglichkeiten	62
II. Die in der umwandlungsrechtlichen Literatur vorgeschlagenen Problemlösungen	62
1. Die Dienstleistungspflicht	62
2. Der Entgeltanspruch	63
3. Die Kündigungsmöglichkeiten	63
III. Der Meinungsstand zu dem nach Widerruf der Bestellung oder Amtsniederlegung allein weiterbestehenden Anstellungsverhältnis	64
1. Die Dienstleistungspflicht	64
2. Der Entgeltanspruch	65
3. Die Kündigungsmöglichkeiten	67
§ 5 Die Beurteilung des weiterbestehenden Anstellungsverhältnisses und der sich aus ihm ergebenden Leistungspflichten nach dem Unmöglichkeitensrecht	68
I. Die Unmöglichkeit, weiterhin die geschuldeten Dienstleistungen zu erbringen	68
1. Die Unmöglichkeit, mit der Organstellung untrennbar verbundene Aufgaben durchzuführen	68
2. Die Unmöglichkeit, sonstige Geschäftsführungsaufgaben wahrzunehmen, die nicht an die Organstellung gebunden sind	69
3. Die Unmöglichkeit, die Gesellschaft gegenüber Dritten zu vertreten	70
4. Die Unmöglichkeit der Dienstleistung als Folge der verlorengegangenen Organstellung	71
5. Zusammenfassung	72
II. Die Rechtsfolgen der Unmöglichkeit und ihre Eignung für eine Problemlösung	73
1. Die von keiner Partei zu vertretende vollständige Unmöglichkeit zukünftiger Dienstleistungen	73
a) Die grundsätzliche Anwendbarkeit des Unmöglichkeitensrechts und seiner Rechtsfolgen auf freie Dienstverträge	74

b)	Die soziale Schutzbedürftigkeit des Geschäftsleiters als Grund für eine Einschränkung des § 323 BGB durch Gewährung eines Entgeltanspruchs	74
c)	Die Einschränkung der Rechtsfolgen des Unmöglichkeitrechts durch eine vorrangige Vertragsanpassung	76
aa)	Die auf eine Vertragsanpassung gerichteten Interessen der Beteiligten	76
bb)	Der auf eine Vertragsanpassung gerichtete Rechtsgedanke des §346 Abs.3 S.2 AktG und des §25 Abs.2 S.2 KapErhG ...	77
2.	Die von keiner Partei zu vertretende teilweise Unmöglichkeit und die von der übernehmenden Gesellschaft zu vertretende Unmöglichkeit künftiger Dienstleistungen	78
3.	Ergebnis	80
§ 6	Die Anpassung im Wege der ergänzenden Auslegung des Anstellungsvertrages	81
I.	Die Lücke im Anstellungsvertrag	81
1.	Die Vertragslücke bei einer nicht vorhersehbaren Verschmelzung ...	81
2.	Die Vertragslücke bei einer vorhersehbaren Verschmelzung	82
II.	Die Lückenausfüllung	84
1.	Die unterschiedlichen Meinungen zur Methode der Lückenausfüllung	84
2.	Die Lückenausfüllung durch Ermittlung eines hypothetischen Parteiwillens	86
a)	Der auf die Verschmelzung und seine Folgen gerichtete tatsächliche Parteiwille	87
aa)	Übertragende oder übernehmende Gesellschaft als Träger des maßgeblichen Willens auf Seiten des Dienstberechtigten ..	87
bb)	Der tatsächliche Wille der den Anstellungsvertrag schließenden Parteien	88
b)	Der vertragliche Risikoausgleich als Element des hypothetischen Parteiwillens	90
c)	Die berechtigten Parteiinteressen als Element des hypothetischen Parteiwillens	91
d)	Ergebnis	93
§ 7	Die Beurteilung des weiterbestehenden Anstellungsverhältnisses durch die Geschäftsgrundlagenlehre	94
I.	Der Tatbestand der Geschäftsgrundlagenlehre im allgemeinen	94
II.	Die Tatbestands- und Abgrenzungskriterien der Geschäftsgrundlagenlehre im einzelnen	96

	Inhaltsverzeichnis	11
1.	Der Vorrang des Vertrages	96
2.	Der Vorrang des Gesetzes	99
	a) § 346 Abs. 3 S. 2 AktG und § 25 Abs. 2 S. 2 KapErhG als der Geschäftsgrundlagenlehre vorgehende Spezialnormen	100
	b) § 626 BGB als die Geschäftsgrundlagenlehre verdrängende Spezialnorm	101
3.	Das Herbeiführen und Vertretenmüssen der Verschmelzung durch die übernehmende Gesellschaft als Grund für einen Ausschluß oder eine inhaltliche Begrenzung der Lehre von der Geschäftsgrundlage	104
4.	Die Unzumutbarkeit, an den gestörten Vertrag auch weiterhin gebunden zu sein, als den Tatbestand der Geschäftsgrundlagenlehre begrenzendes und konkretisierendes Wertungsmerkmal	106
§ 8	Die Anpassung des gestörten Vertragsverhältnisses als Rechtsfolge des Wegfalls der Geschäftsgrundlage	109
	I. Gesetzliche Anpassungsregeln als Maßstab für eine inhaltliche Bestimmung der Anpassung	110
	II. Die von der Rechtsprechung und im Schrifttum benutzten Kriterien für eine inhaltliche Bestimmung der Anpassung	110
	III. Die Anpassung des Anstellungsverhältnisses durch eine inhaltliche Neubestimmung der beiderseitigen Leistungspflichten anhand der gefundenen Maßstäbe	113
	1. Die für die Anpassung des Anstellungsverhältnisses ungeeigneten Wertungsmaßstäbe	114
	2. Das Zumutbarkeitsprinzip als allgemeiner Maßstab für eine Rechtsfolgenbestimmung	114
	a) Die Feststellung der im Rahmen der Zumutbarkeitsprüfung zu berücksichtigenden Interessen	115
	aa) Die Interessen der Vertragsparteien	115
	bb) Die Berücksichtigung öffentlicher Interessen	118
	b) Bewertung und Ausgleich der im Rahmen der Zumutbarkeitsprüfung zu berücksichtigenden Parteiinteressen	118
	aa) Bewertung und Ausgleich der die Dienstleistungspflicht betreffenden Parteiinteressen	118
	(1) Interessenausgleich durch Beschränkung der beiderseitigen Interessensziele	119
	(2) Die inhaltliche Konkretisierung des Interessenausgleichs durch den Begriff des leitenden Angestellten	120
	bb) Die Bewertung der die Vergütung betreffenden Parteiinteressen und die Neufestsetzung der Gehaltsstruktur	121

(1) Bewertung der Parteiinteressen durch das Verhältnismäßigkeitsprinzip und die Versorgungsfunktion des Entgelts	122
(2) Die Neufestsetzung der Gehaltsstruktur	123
IV. Die sich aus der Anpassung ergebenden Ansprüche und ihre Durchsetzbarkeit	125
1. Die Leistungsansprüche der übernehmenden Gesellschaft und des ehemaligen Geschäftsleiters	125
2. Der Anspruch des ehemaligen Geschäftsleiters auf Leistung von Diensten als leitender Angestellter	126
§9 Die Beendigung des schuldrechtlichen Anstellungsverhältnisses	128
I. Die Beendigung des Anstellungsverhältnisses durch Fristablauf	128
II. Die ordentliche Kündigung des Anstellungsverhältnisses	128
III. Die außerordentliche Kündigung des Anstellungsverhältnisses nach § 626 BGB	129
1. Das außerordentliche Kündigungsrecht derjenigen Partei, der eine Anpassung des Anstellungsverhältnisses zumutbar ist	129
2. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung bei zumutbarer Fortsetzung des Anstellungsverhältnisses, wenn die andere Vertragspartei eine Fortsetzung ablehnt	130
3. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung, wenn die Fortsetzung des Dienstverhältnisses nicht zumutbar ist	130
a) Das außerordentliche Kündigungsrecht des früheren Geschäftsleiters	130
b) Das außerordentliche Kündigungsrecht der übernehmenden Gesellschaft	131
IV. Die Änderungskündigung	133
1. Die ordentliche Änderungskündigung	133
2. Die außerordentliche Änderungskündigung	133
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	135
Literaturverzeichnis	137